

| | |
|--------|--|
| 10.0 | Ergänzende technische Vertragsbedingungen der Stadtwerke Bochum Gruppe |
| 10.1 | Zusätzliche Vorbedingungen zum Leistungsverzeichnis Titel Tiefbau |
| 10.1.1 | Das Führen von Baugeräten darf nur von Fachkräften durchgeführt werden, die eine Ausbildung und Prüfbescheinigung nach DVGW-Arbeitsblatt GW 129 erhalten haben. |
| 10.1.2 | Das Gas-Riechrohr ist nach Angaben des AG einzubauen. Das Setzen der Straßenkappe wird mit separaten Positionen (01.03.04.0350) vergütet. |
| 10.1.3 | Der Aufwand und die Gebühren für die Einholung von Genehmigungen (z.B. verkehrsrechtliche Anordnungen und Abnahmen) ist in das Angebot einzukalkulieren. |
| 10.1.4 | <p>ZTVA- StB 12 Abs. 5.4.5</p> <p>Sonderbauweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bei Platten-, Mosaik- und Pflasterdecken <u>auf Beton</u> ist ein Zementmörtelbett im Mischungsverhältnis (MV) 1:7 herzustellen. • Bei Platten-, Mosaik- und Pflasterdecken <u>auf ungebundene Tragschichten</u> ist ein Kalkmörtelbett (hydraulischer Kalk der MGr.I) herzustellen. • <u>Die Fugen</u> sind mit dünnen Zementmörtel im MV 1:4 vollständig und kontinuierlich einzuschlämmen. <p>Die Abnahme der Oberflächenwiederherstellung durch die Stadt Bochum erfolgt nur dann, wenn eine eindeutige Zuordnung der Oberflächenaufmaße möglich ist.</p> <p>Der AN hat die Abnahmedokumente mit dem Straßennamen, Haus-Nr., Projekt-Nr., Name des zuständigen Mitarbeiters des AG, DIN A 4 Plan mit Eintrag der Oberflächeninstandsetzung zu versehen.</p> <p>Der AN hat dem AG einen QS-Verantwortlichen mit den erforderlichen Kompetenzen zu benennen, der für die Erfüllung der vereinbarten Qualitätsanforderungen durch den AN verantwortlich ist.</p> |

| | |
|--------|--|
| 10.1.5 | <p>Verfahrens- und Abwicklungsmodalitäten bei der Anwendung von recyclingrelevanten Positionen</p> <p>AN, die im Versorgungsbereich der Stadtwerke Bochum Netz GmbH beschäftigt sind, werden angehalten, alle Materialien, die im Zuge von Baumaßnahmen aus dem Leitungsbereich anfallen, im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben dem Recycling-Kreislauf zuzuführen, sie insbesondere den umweltrechtlichen Bestimmungen zur Wiederaufbereitung entsprechend in eine Recycling-Anlage (RC-Anlage) zu transportieren und dort abzuladen. Die RC-Anlage nimmt die Materialien aus dem Leitungsbereich an und führt diese dem RC-Kreislauf wieder zu.</p> <p>Ausgenommen von der Wiederaufbereitung sind Asphalt, kontaminierte Böden, Brennstoffasche, rote Halde, Schlacken, Kohlestücke, Materialien aus Hochbauabbruchmaßnahmen (Gips), durch Abwässer verunreinigte Böden.</p> <p>Eine Beurteilung der Böden (Visuell/Geruch) wird an der Baustelle vom AN und vom Baubeauftragten des AG vorgenommen. Eine Eingangskontrolle findet nochmals an der RC-Anlage statt. Wird die Annahme an der RC-Anlage verweigert, ist sofort der AG zu benachrichtigen.</p> <hr/> <p><u>Siehe hierzu unter Punkt 5.2.4.7 und Punkt 5.2.4.8 (Wichtiger Hinweis zur Verwertung bzw. Entsorgung) die Gestellung von Bodenanalysen!</u></p> <p>Der Einbau von RC-Baustoff in Art und Einbaustärke ist nach den Vorgaben des Straßenbaulastträgers zulässig. Die Festlegung der Straßenbauklassen ist zwischen dem AG und dem Straßenbaulastträger getroffen und somit Grundlage der Ausführungsvorgaben des AG.</p> <p>Recycling-Baustoffe dürfen nicht in Schutzzonen I und II von Wasser- oder Heilquellenschutzgebieten eingebaut werden.</p> <p>Die Kosten für die Lieferung, Transport etc. von RC-Baustoff 0/45 mm (Pos. 01.02.08.0060) sowie Sandersatz 0/5 mm (Pos. 01.02.08.0020) von der RC-Anlage zur Baustelle hat der AN zu tragen.</p> <p>Die Kosten für die Abgabe, Transport etc. (Pos. 01.02.09.1010) von der Baustelle zur RC-Anlage hat der AN zu tragen.</p> |
|--------|--|

| | |
|--------|---|
| | <hr/> <p>Qualitätsanforderungen für RC-Baustoffe</p> <p>Grundsätzliche Anforderungen an Recyclingmaterial. Der RC-Baustoff hat die Güte RC-1 nach EBV</p> <p>Die Verwendung von industriellen Nebenprodukten ist nicht zulässig.</p> <p>Die RC-Baustoffe müssen den gültigen Vorschriften der Strom-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung, insbesondere der ZTV E-StB und dem DVGW-Regelwerk GW 9 entsprechen und verdichtungsfähig und korrosionsneutral sein.</p> <p><u>Prüfungen</u></p> <p>Es gelten die Vorgaben der TL Gestein-StB bzw. der jeweils gültigen ZTV E - StB und die Qualitätsanforderungen nach EBV.</p> <p>Der Eignungsnachweis und die Güteüberwachung sind gemäß der MantelV / EBV zu führen.</p> <p>Die technischen Lieferbedingungen für Baustoffgemische und Böden zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau (TL G SoB-StB) sind Vertragsbestandteil.</p> |
| 10.1.6 | <p>Kampfmittel</p> <p>Für jeden Eingriff in den Untergrund, der tiefer als 0,80 Meter vorgesehen ist, wird beim Ordnungsamt eine dem Bauvorhaben entsprechende Abfrage zur Kampfmittelsituation gestellt. Die Aussage des Ordnungsamtes wird dem AN zur Verfügung gestellt. Die darin beschriebenen Maßnahmen zum Umgang mit der jeweiligen Situation hinsichtlich der Kampfmittel sind zwingend einzuhalten.</p> <p>Dem AN wird der Aussage des Ordnungsamtes ein mit dem Amt und dem KBD abgestimmtes Merkblatt angefügt und zur Verfügung gestellt, in dem die grundsätzlichen Vorgehens- und Arbeitsweisen im Zusammenhang mit vorhandenen Kampfmitteln erläutert werden. Als Anhang enthält das Merkblatt zudem einen Auszug der TVV für die Kampfmittelbeseitigung im Land Nordrhein-Westfalen.</p> |


Merkblatt:

***Merkblatt über grundsätzliche Vorgehens- und Arbeitsweisen im
Zusammenhang mit vorhandenen Kampfmitteln***

Im Zuge der Planung und Projektvorbereitung wurde eine Anfrage zu der Kampfmittelsituation beim zuständigen städtischen Ordnungsamt gestellt. Die sich hieraus ergebenden **Maßnahmen und Empfehlungen** werden textlich mit der zugehörigen Karte für den angefragten Bereich dem ausführenden Unternehmen, wie erhalten, als Anlage zur Verfügung gestellt. Dies gilt als Bestätigung gemäß ATV, DIN 18299, Abschnitt 0.1.18 (VOB/C) – 09-2019, dass die in NRW geltenden Anforderungen zu Erkundungs- und gegebenenfalls Räumungsmaßnahmen hinsichtlich Kampfmittel erfüllt wurden.

Die in der Anlage 1 der Mitteilung zum Bauvorhaben festgelegten Maßnahmen und Empfehlungen gemäß dem Schreiben des Ordnungsamtes sind uneingeschränkt einzuhalten. Die Ergebnisse der Auswertung werden dabei in Karten festgehalten, die zusammen mit den zugehörigen textlichen Ausführungen zu verwenden sind. Gemäß der Legende der Karte werden dabei meist folgende Verhältnisse gekennzeichnet:

Legende:

| | | | |
|---|-----------------------------------|---|----------------------------|
|  | Blindgängerverdachtspunkt |  | keine erkennbare Belastung |
|  | Blindgängerverdachtspunkt geräumt |  | Bombardierung |
|  | Antragsfläche |  | starke Bombardierung |
|  | sonstige Antragsflächen |  | Fläche mit Beschuss |
|  | Stellungsbereich | | |

Grundsätzlich werden nach den bisherigen Erfahrungen meist folgende Verhältnisse im Anfragegebiet bei den Anfragen auftreten:

A - Konkreter Verdacht:

Dies sind zunächst festgestellte Blindgängerverdachtspunkte (BVP), die mit Koordinaten erfasst sind. Diese erhalten in der Karte zur Auswertung eine rote Blindgängerverdachtspunktmarkierung (s.o.). Es gilt generell Folgendes:

- Der staatliche Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) hat anhand seiner Luftbilder, Räumdokumentation oder sonstiger Unterlagen einen hinreichenden Indikator für eine Kampfmittelbelastung ermittelt.
- Der konkrete Verdacht wird durch Erkundung, Detektion und feststellendem Bodeneingriff vor Ort durch den KBD überprüft. Sofern diese Überprüfung noch nicht ausgeführt wurde, ist für die durchzuführende Baumaßnahme bei einem BVP zu dem konkreten Verdachtspunkt mit seinen festgestellten Koordinaten ein definierter Abstand von grundsätzlich mindestens 20 m einzuhalten. Ein Eingriff innerhalb dieses Durchmessers ist mit dem Ordnungsamt abzustimmen.
- Sämtliche Eingriffe in den Baugrund sind dem Ordnungsamt auf Grundlage des vorliegenden konkreten Verdachts in Art und Umfang vor Ausführung mitzuteilen und die Vorgehensweise mit diesem abzustimmen.

B - Diffuser Verdacht

Weiterhin kommen ehemalige Kriegseinrichtungen, wie z.B. Flakstellungen, Laufgräben und Schützenlöcher oder eine festgestellte mittlere oder starke Bombardierung in Betracht – im Regelfall in der Karte zur Auswertung gelbe Schräg- oder Kreuzschraffur, aber auch eine blaue Flächensignatur als Stellungsbereich (s.o.). Hier gilt Folgendes:

1. Ehemalige Kriegseinrichtungen

- Im Bereich von ehemaligen Kriegseinrichtungen ist eine systematische Oberflächendetektion unerlässlich, falls diese nach dem Zweiten Weltkrieg nicht überbaut wurden.
- Die hierfür notwendigen Maßnahmen, Vorbereitungen etc. werden mit dem Ordnungsamt abgestimmt und vom AG veranlasst oder ggf. dem AN besonders übertragen.
- Sämtliche Eingriffe in den Baugrund sind dem Ordnungsamt auf Grundlage der festgestellten Kampfmittelbelastung in Art und Umfang vor Ausführung mitzuteilen und die Vorgehensweise mit diesem abzustimmen.

2. Bombenabwurfgebiet (mittlere und starke Bombardierung)

Meist sind dies festgestellte Bombenabwurfgebiete, in denen Schlagschatten keine Aussagen über mögliche Blindgängereinschlagstellen zulassen und/oder kein konkreter Verdacht festgestellt wurde - im Regelfall in der Karte zur Auswertung gelbe Schräg- oder Kreuzschraffur (s.o.), es gilt generell Folgendes:

Die Empfehlungen des staatlichen Kampfmittelbeseitigungsdienstes, die seitens des Ordnungsamtes weitergegeben werden, beinhalten zumeist folgende Anweisungen und Empfehlungen:

a) **Bei mittlerer Bombardierung gilt:**

- Wenn kein starkes Bombenabwurfgebiet vorliegt und **bei Erdkampfbelastung bzw. Stellungsbereichen - nur nach Prüfung im Einzelfall** - können Schlitz- und Rammkernsondierungen bis zum Durchmesser von 80 mm sowie Rammsondierungen nach DIN 4094 (oder neuere Ausgabe) und Bohrungen bis zu einem Durchmesser von 120 mm drehend mit Schnecke (nichtsschlagend) durchgeführt werden (Anwendung Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung (s. Anhang)).
- Vor der Ausführung von **Spezialtiefbaumaßnahmen** oder **wenn die Vorgaben nach Anlage 1 der Techn. Verwaltungsvorschrift nicht eingehalten werden** können (z.B. Bohrdurchmesser größer 120mm) empfiehlt der KBD eine Sicherheitsdetektion.

Zu diesen Arbeiten gehören insbesondere: **Rammarbeiten, Verbauarbeiten, Pfahlgründungen, Rüttel- und hydraulische Einpressarbeiten sowie vergleichbare Arbeiten, bei denen erhebliche mechanische Kräfte auf den Boden ausgeübt werden.**

- Das Abteufen der Sondierbohrungen darf nur drehend mit Schnecke und nichtsschlagend ausgeführt werden. Bohrkronen als Schneidwerkzeug sowie Rüttel- und Schlagvorrichtungen dürfen nicht verwendet werden. Beim Auftreten von plötzlichen ungewöhnlichen Widerständen ist die Bohrung sofort aufzugeben und um mindestens 2 m zu versetzen.
- Als Bohrlochtiefe der Sondierbohrungen ist im Regelfall (abhängig von den örtlichen Bodenverhältnissen) 7 m unter Geländeoberkante (GOK) als ausreichend anzusehen. Die GOK bezieht sich hierbei auf die Höhe zum Zeitpunkt des Kriegsendes.

- Die Bohrlöcher sind mit Kunststoffrohr (frei von Ferrometallen) zu verrohren (Innen-Durchmesser mindestens 60 mm; Rohrunterseite mit Stopfen gegen Aufspülen von Erdreich verschlossen, Wasser im Rohr ist belanglos; Rohr 0,30 m über Gelände abgeschnitten). Spätestens sechs Wochen vor Beginn der Arbeiten ist dem
**Ordnungsamt, Marienplatz 2, 44787 Bochum, Zimmer 122,
Tel. 910 14 08 / 910 17 83, E-Mail: ordnungsamt@bochum.de**
ein Lageplan im Maßstab 1:250 oder 1:500 einzureichen (gerne auch per Mail) und das Bauvorhaben zur Sondierung zu melden. In dem Lageplan sind die Bereiche der durchzuführenden Detektionen in den ausgeführten Sondierbohrungen zu markieren. Die Zufahrt zur Baugrube muss dem Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) zur Überprüfung, ggf. auch mit schwerem Gerät, ermöglicht werden.

Die Durchführung der Sondierbohrungen für die v. g. Sicherheitsdetektion und die Koordinierung der Kampfmittelüberprüfungen obliegt dem ausführenden Unternehmen.

b) Bei starker Bombardierung gilt zudem:

Sämtliche Bohrloch- und Sicherheitsdetektionen werden komplett durch den KBD durchgeführt. **Das Bohren nach Anlage 1** der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung ist **nicht zulässig**. Der Bedarfsträger legt lediglich die zu untersuchenden Bohransatzpunkte fest und gewährleistet die Leitungsfreiheit.

c) **Sowohl bei mittlerer als auch bei starker Bombardierung gilt:**

Alle Arbeiten des Baugrundeingriffs sind grundsätzlich ohne Gewaltanwendung und erschütterungsarm durchzuführen.

Es ist erforderlich, die zu bebauenden Flächen und etwaige Baugruben auf darunter befindliche Kampfmittel abzusuchen.

Spätestens sechs Wochen vor Beginn der Arbeiten ist dem

**Ordnungsamt, Marienplatz 2, 44787 Bochum, Zimmer 122,
Tel. 910 14 08 / 910 17 83, E-Mail: ordnungsamt@bochum.de**

ein Lageplan im Maßstab 1:250 oder 1:500 einzureichen
(gerne auch per Mail) und das Bauvorhaben zur Sondierung zu melden.
In dem Lageplan ist die abzusuchende Fläche darzustellen.
Die Zufahrt zur Baugrube muss dem Kampfmittelbeseitigungsdienst
(KBD) zur Überprüfung, ggf. auch mit schwerem Gerät, ermöglicht werden.

Im Bereich von **bestehenden Leitungsgräben**, in denen nach der Schachtung weiterhin Leitungen / metallene Verbaustellwände etc. im Grabenprofil vorhanden sind, wird von einem Erfordernis des Absuchens der Sohle abgesehen, da nach der Erfahrung die Messdaten unter diesen Bedingungen nicht auswertbar sind.

Sofern bei Leitungsarbeiten in Gräben in offener Bauweise gearbeitet und die Sohle nur statisch verdichtet wird, kann die Maßnahme ohne vorherige Kampfmittelüberprüfungen mit der gebotenen Vorsicht durchgeführt werden (u.a. lagenweiser Abtrag, schichtweises Schachten unter visueller Aushubüberwachung, max. 25 cm pro Lage). Dies gilt auch für den Aushub von Bodenmaterial, wenn aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht von einer ergebnisorientierten Sondierung auszugehen ist, z.B. infolge ferromagnetischer Störeinflüsse durch z.B. vorhandene Versorgungsleitungen, eisenhaltige Aufschüttungen, angrenzende Bestandskörper und Ähnlichem.

C - Fläche ohne Verdacht:

Nach den ausgewerteten Unterlagen gibt es keine Anhaltspunkte einer Belastung mit Kampfmitteln. Das Bearbeitungsgebiet liegt nicht in einem Bereich, in dem Bombardierungen stattgefunden haben und/oder Kriegseinrichtungen vorhanden waren - im Regelfall in der Karte zur Auswertung grüne Schrägschraffur (s.o.), es gilt generell Folgendes:

Auf dem Grundstücksbereich der Baumaßnahme ohne erkennbare Bombardierung sind nach Angabe des Ordnungsamtes auf Grundlage der Aussage des KBD keine Überprüfungsmaßnahmen bzw. Entmunitionierungsmaßnahmen erforderlich, da dort keine Kampfmittelgefährdung bekannt ist, welche zu weitergehenden Maßnahmen der Kampfmittelbeseitigung Anlass gibt. Es hat nach den vorliegenden Informationen in diesem Bereich keine Bombardierung stattgefunden. Sollte dennoch eine Überprüfung, der als ohne erkennbare Bombardierung dargestellten Fläche, seitens des ausführenden Unternehmens gewünscht sein, obwohl das Ordnungsamt auf Grundlage der Aussage des KBD hierfür keinen Anlass sieht und auch keine gegenteiligen Informationen erbracht werden, die eine Überprüfung rechtfertigen, so hat der Bedarfsträger (in diesem Fall das ausführende Unternehmen) sämtliche Kosten zu tragen.

Grundsätzliches:

1. Weitergehende Erkenntnisse

Vor dem Hintergrund, dass die verwendeten Luftbilder u.U. aufgrund von Bildfehlern, ungenügender zeitlicher Abdeckung oder ungenügender Sichtbarkeit nicht alle Kampfmittelbelastungen zeigen, kann es auch zusätzliche und / oder anderslautende Erkenntnisse des Ordnungsamts geben, die dann die Stellungnahme ergänzen und ebenfalls zu beachten sind.

2. Kampfmittelfreiheit

Es wird darauf hingewiesen, dass trotz fachgerechter Untersuchung und ggf. Beräumung nach dem aktuellen Stand der Technik und den gesetzlichen Vorgaben nicht auszuschließen ist, dass sich auf den untersuchten Grundstücken weiterhin Kampfmittel befinden.

Weist bei Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub auf außergewöhnliche Verfärbung hin oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und das Ordnungsamt / die zuständige Polizeibehörde zu benachrichtigen.

Sondier-Konzept:

Bei schwierigen örtlichen Gegebenheiten und / oder erdeingriffsintensiven Bauvorhaben (Spezialtiefbau, tiefreichende Untergrundverdichtung o.ä.) sollte zunächst mit der Ordnungsbehörde und in Abstimmung mit dem KBD ein geeignetes **Sondier-Konzept** aufgestellt werden. Dieses ist auf Basis der Erkenntnisse zur Kampfmittelbelastung, d.h. dem Ergebnis der Luftbildauswertung (sowie etwaigen zusätzlichen Erkenntnissen der Ordnungsbehörde) und der daraus resultierenden Empfehlungen für weitergehende Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen zu entwickeln.

Anhang:

Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung in Nordrhein-Westfalen

Anlage 1

Merkblatt für Baugrundeingriffe auf Flächen mit Kampfmittelverdacht ohne konkrete Gefahr

1. Thematik und Anwendungsbereich

Die örtliche Ordnungsbehörde ist für die Gefahrenabwehr und somit auch für den Schutz vor den von Kampfmitteln ausgehenden Gefahren zuständig. Zur Unterstützung der örtlichen Ordnungsbehörden unterhält das Land NRW bei den Bezirksregierungen Arnsberg und Düsseldorf einen staatlichen Kampfmittelbeseitigungsdienst, der auf Anforderung der örtlichen Ordnungsbehörde Verdachtsflächen auf Kampfmittelbelastung untersucht, bewertet und räumt.

Der Bedarfsträger (z.B. Bauherr, Architekt, Unternehmer usw.) wendet sich daher grundsätzlich an die örtliche Ordnungsbehörde.

Ermittelt der staatliche Kampfmittelbeseitigungsdienst anhand seiner Luftbilder, Räumdokumentation oder sonstigen Unterlagen einen hinreichenden Indikator für eine Kampfmittelbelastung, so überprüft er diesen Verdacht durch Erkundung, Detektion und feststellenden Bodeneingriff vor Ort. Wird hierdurch die Kampfmittelbelastung bestätigt, so leitet der Kampfmittelbeseitigungsdienst in Abstimmung mit der örtlichen Ordnungsbehörde die Räumung ein. Da eine Gefahr durch Kampfmittel real existiert, wird diese Räummaßnahme vom Kampfmittelbeseitigungsdienst selbst oder von einer von ihm beauftragten Räumfirma durchgeführt. Erst nach Abschluss der Räummaßnahme ist dann ein sicherer Eingriff in den Baugrund durch andere Beteiligte möglich.

Liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst für die betreffende Fläche zwar keine hinreichenden Indikatoren für eine konkrete, jedoch für eine diffuse Kampfmittelbelastung vor, so teilt er dieses der örtlichen Ordnungsbehörde in seiner Stellungnahme mit; gegebenenfalls mit weiteren Empfehlungen. Die örtlichen Ordnungsbehörde entscheidet dann darüber, ob und welche Sicherheitsmaßnahmen anzuwenden sind.

Für diesen Fall einer nicht verortbaren Kampfmittelbelastung ohne konkreten Indikator kann der Kampfmittelbeseitigungsdienst der örtlichen Ordnungsbehörde die Anwendung der im vorliegenden Merkblatt festgelegten Regeln und Maßnahmen empfehlen. Folgt die örtlichen Ordnungsbehörde der Empfehlung, so ordnet sie deren Anwendung an. Zweck dieses Merkblatts ist es, den untersuchenden Stellen und Firmen eine relativ sichere, eigenverantwortliche Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, ohne dabei von Beginn an den Kampfmittelbeseitigungsdienst beteiligen zu müssen. Es sollen sowohl der Verwaltungs- als auch der Organisationsaufwand begrenzt werden.

Das Merkblatt richtet sich deshalb an diejenigen Firmen und Dienste,

- die Untergrunderkundungen durchführen,
- die vor der Durchführung von energiereichen Baugrundeingriffen Bohrungen zur Sicherheitsdetektion einbringen.

2. Gefährdung

Kampfmittel enthalten in der Regel Explosivstoffe; sie können auch andere chemische Verbindungen (z.B. Rauchentwickler, Gifte, usw.) enthalten. Ihre Gefahr liegt darin, dass sie durch Energieeintrag (z.B. Druck, Schlag, Reibung, Wärme usw.) ausgelöst werden können. Ihr Zustand ist unwägbar. Kampfmittel mit Explosivstoffen wirken in der Regel durch Luftstoß, Bodenstoß, Splitterwurf (Primärsplitter), Feuer und Wärme sowie durch die vom Luftstoß in Bewegung gesetzten Wurfstücke (Sekundärsplitter) des Umgebungsmaterials.

Kampfmittel werden entweder oberflächennah ausgelegt, von erdgebundenen Waffen ausgebracht oder von Luftfahrzeugen abgeworfen. Bereits während des Krieges und hauptsächlich nach Kriegsende wurden Kampfmittel auch in Vertiefungen (Gräben, Krater, Gewässer usw.) verkippt. Oftmals sind sie auch in nicht geräumten Trümmerbereichen und Halden unerkannt verblieben. Die Endlage der Kampfmittel im Boden bestimmt sich daher aus ihrer Art, ihrer Form, ihrer Eindringgeschwindigkeit und der verzögernden Wirkung des Bodens. Da diese Parameter bei Fundmunition nicht bekannt sind, ist grundsätzlich bis zu einer Tiefe von 8m unterhalb der Geländeoberkante (GOK) mit Kampfmitteln zu rechnen (Gefährdungsband).

Bezugsebene für die Bewertung der Kampfmittelbelastung ist die GOK zum Zeitpunkt des Kriegsendes (08.Mai 1945).

3. Grundsätze

Bei den nach Kriegsende vorgenommenen Geländeaufhöhungen

(Aufschüttungen, Auffüllungen) ist deren Schichtdicke vorab zumindest abzuschätzen und mit den ersten Sondierungen zu ermitteln.

Bei der Festlegung der Tiefe des Baugrundeingriffs ist diese Schichtdicke zu berücksichtigen. Das Gefährdungsband (8m) beginnt unterhalb der nach Kriegsende angelegten Aufhöhung. Liegt durchgängig anstehender Fels in einer Tiefe von weniger als 8m unter GOK, so endet das Gefährdungsband dort. Die Verwitterungszone und Klüftungen gelten nicht als anstehender Fels.

Alle Arbeiten des Baugrundeingriffs sind grundsätzlich ohne Gewaltanwendung und erschütterungsarm durchzuführen. Die Vorrichtungen und Maschinen sind so zu betreiben, dass auftretende Widerstände erkannt werden.

Die Detektion nach Kampfmitteln wird immer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst durchgeführt. Der Arbeitsablauf ist mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst abzustimmen, damit keine Verzögerungen eintreten und der Kampfmittelbeseitigungsdienst die Punkte kurzfristig freigeben oder Folgemaßnahmen einleiten kann.

4. Untergrunderkundungen

Es können Schlitz- und Rammkernsondierungen bis zum Durchmesser von 80mm sowie Rammsondierungen nach DIN 4094 20 durchgeführt werden. Beim Auftreten von plötzlichen, ungewöhnlichen Widerständen im Gefährdungsband, bei denen erkennbar ist, dass ein weiteres Vortreiben der Sonde nicht mehr möglich ist (z.B. bei einem Springen des Fallgewichts der Rammsonde), ist die Sondierung sofort aufzugeben. Der neue Ansatzpunkt muss einen Abstand von mindestens 2m haben.

Es können Bohrungen bis zu einem Durchmesser von 120mm durchgeführt werden. Die Bohrungen dürfen nur drehend mit Schnecke und nichtschlagend ausgeführt werden. Bohrkronen als Schneidwerkzeug sowie Rüttel- und Schlagvorrichtungen dürfen nicht verwendet werden. Beim Auftreten von plötzlichen, ungewöhnlichen Widerständen im Gefährdungsband (8m), ist die Bohrung sofort aufzugeben. Der neue Ansatzpunkt muss einen Abstand von mindestens 2m haben.

Spülverfahren mit Spüllanze können sinngemäß verwendet werden.

Schürfungen können mit der gebotenen Vorsicht (z.B. schichtweiser Abtrag) durchgeführt werden, wobei der Boden ständig zu beobachten ist (Metallteile, Verfärbungen, Geruch, Hindernisse, Widerstände usw.).

5. Sicherheitsüberprüfungen

Vor der Ausführung von Spezialtiefbaumaßnahmen (z.B. Bau von Spundwänden, Bohrpfahlwänden, Schlitzwänden, Verankerungen, usw.) veranlasst der Bedarfsträger die Einbringung von Sondierbohrungen.

- Bei Spundwänden, Bohrpfahlwänden, Schlitzwänden, Verankerungen und ähnlichen, linienförmigen Eingriffsarten sind die Bohrungen senkrecht entlang der Mittelachse im Abstand von 1,5m einzubringen.
- Kann im Bereich von Ankern nicht senkrecht in der Ebene der Ankerachse gebohrt werden, so ist eine Schrägbohrung ab der Ankerstelle in Achsenrichtung des Ankers durchzuführen.

- Bei Einzelpunkten (Bohrpfählen, Rüttelstopfverfahren usw.) mit einem Durchmesser vom bis zu 1m ist je Ansatzpunkt mittig eine senkrechte Bohrung einzubringen.
- Bei Stützpählen mit einem Durchmesser von größer 1m sind drei senkrechte Bohrungen einzubringen. Die Bohrungen sind die Eckpunkte eines gleichseitigen Dreiecks mit 2m Seitenlänge; der Ansatzpunkt des Stützpahls liegt im Mittelpunkt dieses Dreiecks.
- Beim „Berliner Verbau“ gelten die o.a. Vorgaben zum Bohrpfahl und zum Anker.
- Im Falle schräg zu setzender Stützpfähle großer Durchmesser und sonstiger besonderer Maßnahmen wird die rechtzeitige Verbindungs-aufnahme mit dem KBD noch vor Beginn der Bautätigkeit empfohlen.

In Abhängigkeit von den örtlichen Verhältnissen kann der Kampfmittelbeseitigungs-dienst andere Bohrlochabstände vorgeben. Haben Untergrunderkundungen spezifische Hinweise ergeben, so kann der KBD in Abhängigkeit von den örtlichen Verhältnissen ein anderes Gefährdungsband definieren (z.B. geringere Bohrtiefen).

Die Bohrungen dürfen nur drehend mit Schnecke und nichtschlagend ausgeführt werden. Bohrkronen als Schneidwerkzeug sowie Rüttel- und Schlagvorrichtungen dürfen nicht verwendet werden. Beim Auftreten von plötzlichen, ungewöhnlichen Widerständen im Gefährdungsband (8m), ist die Bohrung sofort aufzugeben. Der neue Ansatzpunkt muss einen Abstand von mindestens 2m haben.

Spülverfahren mit Spüllanze können sinngemäß verwendet werden. Die Bohrlöcher sind mit PVC-Rohr (frei von Ferrometallen) zu verrohren (Innendurchmesser mindestens 60mm; Rohrunterseite mit Stopfen gegen Aufspülen von Erdreich verschlossen, Wasser im Rohr ist belanglos; Rohr 0,3m über GOK abgeschnitten).

6. Maßnahmen des Ausführenden

Ergibt sich aus dem Widerstand beim Bohr-/Spülvorgang oder aus anderen Sachverhalten der Verdacht, dass ein Kampfmittel vorhanden ist, sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Baugrundeingriff (Bohren, Rammen, Schürfen, Spülen) einstellen,
- Bohr- oder Spülloch mit PVC-Rohr verrohren;
Innendurchmesser mindestens 60mm; Rohrunterseite mit
Stopfen gegen Aufspülen verschlossen (Wasser im Rohr ist
belanglos),
- gegen Auftrieb sichern,
- sofortige Mitteilung an den Kampfmittelbeseitigungsdienst.

7. Zusammenfassung

Bei den Untergrunduntersuchungen (Nr.4.) wird der Kampfmittelbeseitigungsdienst dann eingeschaltet, wenn der Ausführende einen Kampfmittelverdacht feststellt.

Bei den Sicherheitsüberprüfungen (Nr.5.) kann der Ausführende die Bohrungen oder Einspülungen selbst vornehmen. Die Bohrlochdetektion nach Kampfmitteln nimmt nur der staatliche Kampfmittelräumdienst vor. Deshalb wird empfohlen, dass der Ausführende seine Maßnahme terminlich mit dem Kampfmittelbeseitigungs-dienst abstimmt, um Wartezeiten zu vermeiden. Zudem informiert er den Kampfmittelbeseitigungsdienst, wenn er einen Kampfmittelverdacht feststellt.

| | |
|-------------|---|
| | <p>8. Ansprechstellen</p> <p>Die Ansprechstellen des staatlichen Kampfmittelbeseitigungsdienstes NRW sind für die</p> <ul style="list-style-type: none"> - Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster: Bezirksregierung Arnsberg Dezernat 22 – Kampfmittelbeseitigung In der Krone 31 58099 Hagen – Bathey Tel: 02331 - 69270 Fax: 02331 - 69274 Email: krd.hagen@cityweb.de - Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln: Bezirksregierung Düsseldorf Dezernat 22 – Kampfmittelbeseitigung Postfach 300 865 40408 Düsseldorf Tel: 0211 - 475 - 2155 Fax: 0211 - 475 - 2976 Email: poststelle@bezreg-duesseldorf.nrw.de <p>9. Ausgabestand: Ausgabestand des Merkblatts: 01.06.2005</p> |
| 10.2 | Zusätzliche Vorbedingungen zum Leistungsverzeichnis |
| 10.2.5 | <p>Qualitätssicherung</p> <p>Der AG behält sich vor, strukturierte Stichprobenkontrollen an den Baustellen zur Qualitätssicherung grundsätzlich unangemeldet durch Mitarbeiter des Teams N-AM, durchzuführen. Die Ergebnisse dieser Stichprobenkontrollen werden dem Arbeitsverantwortlichen des AN unmittelbar vor Ort und dem Verantwortlichen des AG sowie dem AN per E-Mail mitgeteilt, in entsprechenden Berichten zusammengefasst und AG und AN zur Verfügung gestellt.</p> |

| | |
|--------|--|
| 10.2.6 | <p>„Der Auftraggeber beabsichtigt, für die Abwicklung der Leistungserbringung ein digitales System (Software- bzw. Webanwendung) zur strukturierten Übermittlung und Verwaltung von auftragsbezogenen Unterlagen einzuführen.</p> <p>Wird dieses System während der Laufzeit dieses Rahmenvertrages bereitgestellt, ist es ab dem vom Auftraggeber mitgeteilten Zeitpunkt für den Datenaustausch und die Übermittlung der auftragsbezogenen Unterlagen verbindlich zu nutzen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich an das System anzubinden und die darüber bereitgestellten Funktionen zu nutzen.</p> <p>Ein Anspruch auf Nutzung bestimmter Übertragungswege vor Einführung des digitalen Systems besteht nicht.“</p> |
| 10.2.7 | <p>Einsatz- und Tätigkeitsmeldung des Auftragnehmers</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, an jedem Arbeitstag bis spätestens 09:00 Uhr die personelle Besetzung aller seiner aktiven Baustellen schriftlich zu melden. 2. Die Meldung muss pro Baustelle die genaue Anzahl der eingesetzten Arbeitskräfte (aufgeteilt nach eigenem Personal und Personal von Nachunternehmern) enthalten. 3. Die Übermittlung erfolgt per E-Mail ausschließlich an die zentrale E-Mail-Adresse: [E-Mail-Adresse wird dem RV-Partner nach Vergabe mitgeteilt]. 4. Die Einhaltung dieser Meldepflicht ist eine wesentliche Vertragspflicht. Verstöße werden als Verletzung der baustellenspezifischen Mitwirkungspflichten gewertet. |

| | |
|--------|---|
| 10.3 | Zusätzliche Vorbedingungen zum Leistungsverzeichnis Titel Kabelbau |
| 10.3.1 | <p>Materiallieferung</p> <p>Der Transport von Trommeln mit Kabeln bzw. Mehrfachrohr vom Lager zur Baustelle und wieder zurück wird grundsätzlich vom AG durchgeführt.</p> <p>Der AN stimmt mit dem AG den Termin für die Kabelverlegung ab. Der AN soll bei der Bedarfsanforderung mindestens eine Vorlaufzeit von 3 Tagen zwischen der Bedarfsvorgabe und der Lieferung durch den AG einplanen. Der AG bestellt die Materialien im Lager und ordert gleichzeitig das entsprechende Fahrzeug für den Transport.</p> <p>Der AN hat etwa eine Vorlaufzeit von 3 Tagen zwischen der Abstimmung und dem Ziehen des Kabels einzuplanen.</p> <p>Der Transport der Trommel vom Lager zur Baustelle wird von der Abteilung "Fuhrpark" (N-GB) durchgeführt.</p> <p>Der Rücktransport von Kabelresten, die im Zuge der Neuverlegung bei einer Baumaßnahme anfallen, wird ebenfalls vom AG veranlasst und auch durchgeführt.</p> <p>Der Rücktransport von ausgebauten Kabeln (Schrott), die im Zuge einer Baumaßnahme anfallen, muss in Abstimmung zwischen AG und AN erfolgen und vom AN durchgeführt werden.</p> <p>Der AN muss den Schrott zum Wertstoffhof im Lager Hamme (Darpestraße) transportieren und hier jeweils in den entsprechenden Container entsorgen.</p> <p>Die Aufteilung der Container zur Entsorgung ist wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Alu – Kabel - Cu – Kabel - Muffen |
| 10.3.2 | Schutzrohr, Kabelverzweiger und Verteilerschächte für die Mitverlegung zwecks Glasfasernutzung |

| | |
|----------|--|
| 10.3.2.1 | <p>Schutzrohre</p> <p>Ergänzend zu der Nutzung der 110er-PE-Rohre, ggf. mit Mehrfachteiler, wird ja nach Vorgabe des AG für die Glasfaserverteilung ein System aus Mehrfachrohren (Mikroröhrchen = Mikroducts = MD) aufgebaut.</p> <p>Die Belegung der Mikroröhrchen erfolgt gemäß des Belegungsplanes der Ausführungsplanung (AP). Die Kennzeichnung der MD-Rohre erfolgt laut AP.</p> <p>Alle Mikroröhrchen sind vor, während und nach dem Einbau durch entsprechende Abdichtungen vor Schmutz und Wasser zu schützen.</p> <p>Als Standardkomponenten werden der MD-Verband 24x7/4 + 1x14/10, im folgenden MD24 genannt, sowie der Ein-/Zweifach-MD 1/2x7/4, im folgenden MD1/2 genannt, eingesetzt. Abweichend von diesen Standardkomponenten sind je nach Vorgabe des AG weitere in ihrer Anzahl und in ihrem Durchmesser unterschiedliche MD-Komponenten einsetzbar.</p> |
| 10.3.2.2 | <p>Hausanschlusskonzept</p> <p>Die Montagelänge innerhalb der Gebäude beträgt 5 Meter je Röhrchen und Gebäude.</p> <p>Die Lage der Hauseinführung ist so zu wählen, dass das MD nicht frei in den Raum ragt, sondern im Winkelbereich einer Mauer befestigt werden kann. Das Abknicken des MD muss nach der Befestigung an der Wand ausgeschlossen werden.</p> <p>Die Grabenverfüllung nach dem Einbau der Hauseinführung und Abschrumpfung darf erst nach erfolgter Abkühlung des MD-Rohres und der Trocknung der Mauerabdichtung erfolgen.</p> <p>Alle Verschmutzungen im Gebäude oder auf dem Grundstück sind nach Abschluss der Bauarbeiten unverzüglich zu beseitigen.</p> <p>Der genaue Standort und die Hauseinführung ist mit dem Hausbesitzer oder Hausverwalter abzustimmen und zu dokumentieren.</p> <p>Die Montageanweisungen des jeweiligen Herstellers sind zu beachten, die auszuführenden Tätigkeiten dürfen nur durch entsprechend vom Hersteller zertifizierte Mitarbeiter durchgeführt werden (z.B. ODF durch Tyco Electronics Raychem GmbH bzw. CommScope).</p> |

| | |
|----------|---|
| 10.3.2.3 | <p>Setzen eines Kabelverzweigers oder Verteilschachtes</p> <p>Bei Beginn der Bauausführung hat der AN zunächst unbedingt den vorgegebenen Standort des KVz bzw. Schachtes dahingehend zu überprüfen, ob die Realisierung wie in den Planunterlagen vorgegeben ist, erfolgen kann. Ist ein Setzen des KVz bzw. Schachtes an dem ausgewählten Standort nicht durchführbar, so ist unverzüglich der AG zu benachrichtigen.</p> <p>In FttX-Flächengebieten werden Mikroröhrchen (MD) von einem Verteilschacht ausgehend entlang der Häuser und Straßen verlegt. Bei gemeinsamer Verlegung von Rohren DN63-125 und MD werden die MD grundsätzlich hausseitig in der obersten Lage angeordnet.</p> <p>Beim Verlegen der MD24 ist zu beachten, dass eine kreuzungsfreie Führung gewährleistet wird. Wenn der AN zur Vereinfachung seiner Bauweise eine Verrohrung vornimmt, besteht kein Vergütungsanspruch für die eingesetzten Materialien.</p> <p>MD werden wie Kabel verlegt und sind so zu behandeln. Biegeradien sind unbedingt einzuhalten. Bei der Verlegung ist darauf zu achten, dass so wenig wie möglich Verbindungsstellen eingebaut werden. Um eine optimierte Verlegung vornehmen zu können, müssen ggf. längere Teilbereiche vor der Verlegung geöffnet werden. Dem AN steht es frei, eine geeignete Länge als Tubekabelring im Graben mitzuführen. Die Nutzung dieses Tubekabelrings als Einziehhilfe wird nicht gesondert vergütet.</p> <p>MD dürfen keinesfalls ohne druckfesten Schutz überfahren werden.</p> <p>Vor der Verlegung sind MD auf Beschädigungen zu prüfen.</p> <p>Bei gleichzeitiger Verlegung mehrerer MD muss die Vertauschung einzelner Züge ausgeschlossen werden. MD-Rohre müssen im Abstand von 2 m gekennzeichnet werden. Die aufzupressende Rohrnummer wird vom AG vorgegeben. Rohrenden sind sofort mittels Schrumpfkappen zu schließen. Nach Verlegen der Rohranlagen sind diese mit steinfreier Einbettung mindestens 10 cm über dem Scheitel des obersten Rohres abzudecken. Werden MD während den Arbeiten auf Trommeln geführt, sind die Trommeln gegen Abrollen zu sichern und nachts zu beleuchten.</p> <p>Alle offenen Rohrenden sind stets abzudichten. In Schächten und in Gebäuden muss die Abdichtung gas- und wasserdicht sein. Verlegung sind MD auf Beschädigungen zu prüfen.</p> |
|----------|---|

| | |
|----------|---|
| 10.3.2.4 | <p>Vorhandene Mehrspartenhauseinführung</p> <p>Vorhandene Mehrspartenhauseinführungen (MSH) des AG werden wie folgt verwendet: Das Kommunikationsdichtelement für die Kommunikationsanschlüsse muss genügend Einführungen aufweisen, d.h. der Einsatz muss zu den drei Standardbohrungen (7 - 13 mm) zusätzlich je eine Bohrung (13-21 und 5-13 mm) aufweisen. Je nach Möglichkeit muss dieses Dichtelement entsprechend gewählt oder ausgetauscht werden. Ist der Austausch aufgrund bereits vorhandener Belegung nicht möglich, muss eine separate Hauseinführung gesetzt werden.</p> <p>Gleiches gilt bei vorhandenen Manschettenstopfen, wenn die Mehrspartenhauseinführung mit Rohrverlängerungen verbunden ist.</p> |
| 10.3.2.5 | <p>Einziehen von MD in vorhandene Rohranlagen</p> <p>Sollte der AN auf eigene Kosten Leerrohre als Verlegehilfe einbringen, sind MD Kabel grundsätzlich mittels einer Kraftziehwinde einzuziehen. Die max. Zugkräfte auf die MD sind entsprechend der Herstellerangaben einzuhalten. MD für Hausanschlüsse werden grundsätzlich in das oberste, der Hausseite zugewandte Rohr eingezogen.</p> <p>Nach dem Einziehen sind die MD-Enden mit Schrumpfkappen abzudichten. Kabelrohre und Rohranschnitte sind gegen MD mit Endkappen abzudichten. Für alle Arbeiten an MD-Anlagen darf nur das vom Hersteller spezifizierte Werkzeug verwendet werden. Anderweitige Werkzeuge und Schneidvorrichtungen sind grundsätzlich verboten.</p> <p>Einführung von HDPE Rohren 50/4,6 mm bzw. PVC-Rohren 50/2,4 mm DN 110 in Gebäuden usw. erfolgt nach den technischen Vorgaben des AG</p> |
| 10.4 | entfällt |
| 10.5 | entfällt |

| | |
|--------|---|
| 10.6 | Vermessung durch den AG |
| 10.6.1 | <p>Allgemeine vermessungstechnische Bedingungen der Netzdokumentation</p> <p>Der erste sowie der letzte Einmessungstermin werden vom AG in Abstimmung mit dem AN festgelegt.</p> <p>Alle Folgetermine werden durch den AN mit mindestens 2 Tage Vorlauf direkt mit dem vom AG benannten Vermessungsbüro abgestimmt.</p> <p>Dabei ist der AG schriftlich zu informieren.</p> <p>Die Einmessung kann nur am offenen Graben erfolgen.</p> <p>Sollte der Graben vor der Einmessung geschlossen sein und müssen zur Erkundung der genauen Lage Suchgräben erstellt werden, gehen die Kosten zu Lasten des AN.</p> |

| | |
|--------|--|
| 10.9 | <p>Ergänzende technische Vertragsbedingungen (ETV) der Stadtwerke Bochum Netz GmbH, zum Rahmenvertrag Tief- und Kabelbauarbeiten bis 20.000 € kalkulatorische Fremdleistungen.</p> <p>Los 1-4:</p> <p>Auftraggeber Stadtwerke Bochum Netz GmbH</p> <p>Tief- und Kabelbauarbeiten im Versorgungsgebiet der Stadtwerke Bochum Netz GmbH für Tiefbaumaßnahmen bis zu einer kalkulatorischen Fremdleistungssumme von insgesamt 20 000 EUR – auf Basis der Rahmenvertragspreise dieses Loses – je Gesamteinzelmaßnahme einschließlich Rufbereitschaft und Störungsbeseitigung.</p> <p>Für die Lose 1-4 sind je Los werktäglich 3 Tiefbaukolonnen bereitzustellen.</p> |
| 10.9.1 | <p>Übergabe von Aufmaßen der Betriebsabteilungen der Stadtwerke Bochum Netz GmbH und Arbeitsabstimmungen.</p> <p>Der AN hat einen zuständigen Bauleiter für die Abwicklung der Maßnahmen im Rahmenvertrag zu benennen. Der Bauleiter stimmt regelmäßig arbeitstäglich der Betriebsstelle Gas/Wasser/Strom im Betriebshof Hamme, die anstehenden Arbeiten ab. In diesem Rahmen erfolgt die Übergabe von Aufmaßen.</p> |
| 10.9.2 | <p>Zusammentreffen verschiedener Arbeitsweisen</p> <p>Der AG behält sich vor, Tiefbau- und Kabelbauarbeiten bis zur Kapazitätsauslastung durch eigenes Personal und durch Einsatz eigener Sachmittel durchzuführen.</p> <p>Die Bündelung von planbaren Arbeiten des AG ist zu beachten.</p> <p>Gebietslosübergreifende Baumaßnahmen, die außerhalb von Störungsbeseitigungsarbeiten anfallen, werden durch den AN durchgeführt, in dessen Gebietslos der überwiegende Teil der auszuführenden Arbeiten anfällt.</p> <p>Der AG behält sich vor, Arbeiten aus diesem Rahmenvertrag teilweise oder vollständig in eigener Regie selbst oder mit Dritten auszuführen. Gleiches gilt auch bei Arbeiten in der Störungsbeseitigung.</p> |

| | |
|----------|---|
| | <p>Gebietsübergreifende Baumaßnahmen, die im Rahmen von Störungsbeseitigungsarbeiten anfallen, führt der AN weiter durch, der mit der Beseitigung der Störung begonnen hat</p> <p>Fallen in einer Baumaßnahme des AG Arbeiten an, die nicht vom AG beauftragt wurden, so hat der AN für eine Beauftragung und Vergütung durch den AG zu sorgen.</p> |
| 10.9.2.1 | <p>Der AG behält sich vor, im Rahmen von Netzneubau-, Netzausbau- oder Netzverlegungsmaßnahmen einzelne Hausanschlüsse einschließlich der hierfür erforderlichen Suchschachtungen an das mit der jeweiligen Gesamtmaßnahme beauftragte Unternehmen zu vergeben.</p> <p>Dies gilt insbesondere für Leistungen, die in einem räumlichen, technischen oder zeitlichen Zusammenhang mit der Hauptmaßnahme stehen. Eine solche Vergabe ist unabhängig von den im Rahmenvertrag definierten Einzelauftragswerten zulässig.</p> |
| 10.9.3 | <p>Aufbruchsantrag für Baumaßnahmen mit Pauschalgenehmigung. Die Aufbruchmeldung sowie die Einholung von Anordnungen und Genehmigungen der Stadt Bochum, für Aufträge der Betriebsabteilungen werden durch den AN angefordert. Teilweise liegen die Versorgungsleitungen in Straßen, die durch Straßen NRW überwacht werden, entsprechende Vorschriften sind einzuhalten.</p> <p>Siehe hierzu „Bautechnische und straßenverkehrsrechtliche Pauschalgenehmigung“ des „Regelwerke über Verfahrensweisen“ mit der Stadt Bochum.</p> |

| | |
|--------|---|
| 10.9.4 | <p>Oberflächenwiederherstellung</p> <p>Bei Aufbrüchen durch den AG werden die Oberflächenwiederherstellungen grundsätzlich an AN vergeben.</p> <p>Werktäglich sind die Oberflächenaufmaße der stadtwereeigenen Aufbrüche der Betriebsstellen Gas/Wasser/Strom im Betriebshof Hamme, Darpestr. 22 abzuholen. Die Verkehrssicherungspflicht für den AN, beginnt am folgenden Tag um 0.00 Uhr.</p> <p>Sobald absehbar ist, dass die Ausführungsfrist bzw. der vereinbarte Beginn der Arbeit nicht eingehalten werden kann, ist der AG sofort zu unterrichten. Hält der AN die Fristen nicht ein, so kann der AG den Auftrag, unbeschadet seines etwaigen Anspruchs auf Schadenersatz, dem AN entziehen.</p> <p>Die Oberflächenwiederherstellung muss in jedem Falle innerhalb von 7 Werktagen durchgeführt werden. Aufträge zur Oberflächenwiederherstellung für die Betriebsabteilungen, liegen jeden Werktag bis 8.00 Uhr im Betriebshof vor.</p> |
| 10.9.5 | <p>Kleinstbaustellenvergütung</p> <p>Für Oberflächenwiederherstellungen, die durch Tiefbauarbeiten des AG anfallen, bzw. Oberflächenarbeiten, die nicht im Zuge der Baumaßnahme wiederhergestellt werden können, wodurch eine zusätzliche Anfahrt erforderlich wird gilt, Pos. 01.01.01.0120. Ebenso für Kappenregulierung nach den Positionen 01.02.12.0000.</p> |

| | |
|--------|--|
| 10.9.6 | <p>Tiefbauarbeiten in der Innenstadt</p> <p>Bei Tiefbauarbeiten in der Innenstadt, insbesondere an den Natursteinplatten Massenbergstraße, ist darauf zu achten, dass die Wiederherstellung des Oberbaus und der Oberfläche wie diese ursprünglich hergestellt war erfolgen muss. Die Arbeiten sind mit dem zuständigen Straßenmeister der Stadt Bochum, rechtzeitig abzustimmen.</p> <p>Für die Aufnahme und das Verlegen des Steinpflasters ist ein Vakuumhebergerät zu verwenden.</p> <p>Im Zusammenhang mit der Beseitigung von Störungen kann bei der Aufnahme der Oberfläche im Falle von Gefahr im Verzug auf die Verwendung des Vakuumhebergerätes verzichtet werden. In diesem Falle sollte dann ein Stein zerstört werden um alle weiteren Steine unbeschädigt aufzunehmen.</p> <p>Zur Wiederherstellung der Oberfläche ist aber auf jeden Fall ein Vakuumheber zu benutzen. Ersatz für den zerstörten Stein stellt das Tiefbauamt zur Verfügung.</p> |
| 10.9.7 | entfällt |
| 10.9.8 | entfällt |
| 10.9.9 | <p>Überlastung der Rahmenvertragspartner</p> <p>Sollte ein AN aufgrund einer Häufung von Baumaßnahmen und / oder Störungen nicht mehr in der Lage sein die Arbeiten termin- und fristgerecht auszuführen, so ist dies unverzüglich der beteiligten Betriebsabteilung des AG Gas/Wasser/Strom bzw. Fernwärme zu melden. Gemeinsam mit dem ewmr-Einkauf wird dann eine Lösung gesucht. Siehe ewmr-LV Punkt 5.2.3.3</p> |

| | |
|---------|--|
| 10.10 | <p>Rufbereitschaft und Störungsbeseitigung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Rufbereitschaftspauschale für die Lose 1-4 wird mit dem entsprechenden Aufmaß vergütet. 2. Die Reaktionszeit zur Rufbereitschaft und zur Störungsbeseitigung im Stadtgebiet Bochum, vom Anruf durch den AG, beträgt maximal 60 Minuten. Diese Zeit ist unabhängig von Tages- und Uhrzeit. 3. Die Rufbereitschaft beginnt/wechselt Montagmorgen um 7.00 Uhr. 4. Beginnt ein AN während der Bereitschaftszeit eine Baustelle, so wird diese auch von der Firma vollständig abgeschlossen. Dieses erfolgt auch dann, wenn der Arbeitsort außerhalb der eigenen Gebietslose liegt. |
| 10.10.1 | <p>Rufbereitschaft und Störungsbeseitigung Lose 1 - 4</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Im Rufbereitschaftsdienst haben die über den Rahmenvertrag beteiligten AN roulierend im 7-tägigen Rhythmus zwei Tiefbaukolonnen für das gesamte Stadtgebiet vorzuhalten. Grundsätzlich ist für das Los sowie auch die Bereitschaft ein Bauleiter verantwortlich und dem AG zu benennen. Eine Kolonne besteht ausfolgenden Personen und Geräten: <ul style="list-style-type: none"> • 1 Geräteführer • 1 Fachhandwerker • 1 Bagger (Eignung für Straßendecken, Löffelinhalt bis 0,6 m³) • 1 LKW über 7,5 t oder Container 7m³ • 1 Wasserpumpe • Absperrmaterial Beleuchtung etc. gemäß RSA 2. Die Bereithaltung einer Rufbereitschaftskolonne wird je Kolonne und Woche grundsätzlich mit einer Pauschale (01.07.01.0100) vergütet. Diese ist unabhängig von einem Einsatz. |

| | |
|--|---|
| | <p>3. Bereitschaftsturnus</p> <p>Eine Liste mit den jeweiligen Ansprechpartnern mit Telefon- und Mobiltelefonnummern wird dem AG übergeben. Jede Änderung während der Bereitschaftszeit ist umgehend den folgenden Stellen bekannt zu geben:</p> <p>VLS Tel. 0234/960-2744</p> <p>Geplante Änderungen sind bis spätestens am Mittwoch vor Beginn der Bereitschaftszeit bis 08:00 Uhr per Telefon zu melden:</p> <p>VLS Tel. 0234/960-2744</p> <p>Der abgestimmte Bereitschaftsturnus wird in die Dienstpläne des AG übernommen. Die endgültigen Pläne werden den Firmen übermittelt. Die Störungsbeseitigung im Montagebereich Gas/Wasser erfolgt üblicherweise durch den AG oder deren Beauftragten.</p> |
|--|---|